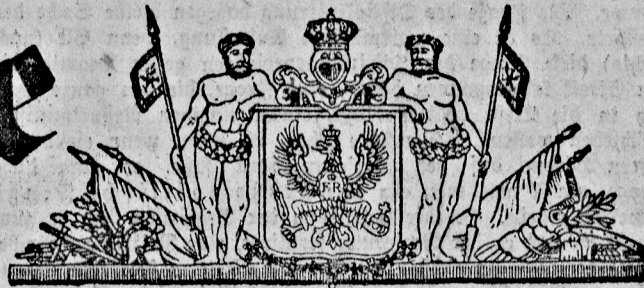


Vossische



Zeitung

70 Pfennig

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“ Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 20 Mark. Anzeigen: Zeile 6 Mark und 66²/₃ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 3.50 M. netto die Zeile. Kein Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau. Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 680.

Die amerikanischen Bedenken gegen Poincarés Memorandum.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 10. Februar.

Nach einer hier vorliegenden Meldung aus Rom soll man dort die Vertagung der Konferenz von Genua für unvermeidlich halten.

Eine französische Meldung aus Washington berichtet, in amerikanischen Kreisen würden die Stellen der Denkschrift Poincarés, die sich auf die Teilnahme der Sowjets und die Unantastbarkeit der Friedensverträge beziehen, einmütig gebilligt. Man mache aber Vorbehalte zu der Stelle über eine eventuelle Einmischung der Verbündeten in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und scheine zu fürchten, daß Frankreich einen Vorwand suche, um sich dauernd auf dem linken Rheinufer festzusetzen. Die Vertagung der Konferenz von Genua werde auch in Amerika für möglich gehalten. Man scheine anzunehmen, daß Lloyd George aus rein persönlichen Gründen auf dem Datum des 8. März bestehe.

Im Leitartikel des „Temps“ wird bemerkt, daß der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ bereits am Mittwoch einen Einblick in die Denkschrift Poincarés erhalten habe, und zwar, wie der „Temps“ hervorhebt, an seiner französischen Stelle. Das Blatt deutet an, was die französische Regierung bestimmt hat, die Denkschrift zu veröffentlichen, ohne die Zustimmung der Londoner Regierung abzuwarten.

Der „Temps“ tritt in einem Artikel der von der „Westminster Gazette“ geäußerten Ansicht entgegen, daß die Konferenz von Genua nach den französischen Vorschlägen eine Art von Oberster Rat würde, der Deutschland und Rußland seine Bedingungen diktieren werde. Das Blatt bemerkt dazu, man habe jetzt nur gehört, daß die Beschlüsse der Konferenz von Genua einstimmig gefaßt werden müssen. Dadurch sei aber eine vorherige Verständigung der Verbündeten nicht ausgeschlossen. Es handelt sich dabei nur darum, Abmachungen, die jetzt in den geheimen Protokollen der Konferenz von Cannes niedergelegt sind, öffentlich zu bestätigen. So habe Lloyd George selbst in Cannes ausdrücklich festgestellt, daß die Wiedergutmachungsfrage in Genua nicht erörtert werden dürfe.

Das Blatt berührt endlich die Stellung der Neutralen zu den Friedensverträgen und meint, es handele sich besonders darum, die Neutralen zu einer „Art von Unterzeichnung“ der Verträge zu zwingen. Es genüge, wenn die Neutralen die Verträge wie bisher anerkennen und sich in diesem Sinne verpflichten, keine Vorschläge zu machen, die die Antastung der Verträge zur Voraussetzung hätten und keiner Initiative dieser Art beizutreten. Der Oberbefehlshaber der englischen Flotte, Admiral Beatty, ist dem „Journal des Débats“ zufolge heute vormittag in Paris eingetroffen.

* London, 10. Februar.

Wie „Daily Telegraph“ aus New York meldet, geht aus einer Umfrage im Senat hervor, daß lediglich 19 Senatoren sich noch einer endgültigen Ratifizierung der Washingtoner Abrüstungsbeschlüsse widersetzen. Unter diesen sind zwölf Demokraten und sieben Republikaner.

Präsident Harding hat ein Dekret unterzeichnet, durch das ein Ausschuss geschaffen wird, der die Aufgabe hat, über die Konsolidierung der Schulden der Alliierten an Amerika zu verhandeln. Der Kommission gehören Hughes, Hoover, Mellon, Daugherty und ein noch zu ernennender republikanischer Senator an.

Der Bankier Otto Kahn trat in New York in einer Rede ausdrücklich dafür ein, daß Amerika an der Konferenz in Genua teilnehme, und daß die Kriegsschulden der Alliierten unter folgenden Bedingungen gestrichen würden: die Reparationsfrage sei endgültig zu lösen, die europäischen Budgets seien wieder ins Gleichgewicht zu bringen, unnütze Hindernisse des Handels seien zu beseitigen und der Wechselkurs zu festigen.

Die deutschen Zahlungen für 1922.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 10. Februar.

Dem „Temps“ zufolge dauern die Verhandlungen über die Beantwortung der deutschen Note beim Wiedergutmachungsausschuss fort. Das Blatt glaubt es als wahrscheinlich bezeichnen zu können, daß die Verbündeten den Wiedergutmachungsausschuss mit der Entscheidung über die deutschen Zahlungen für 1922 betrauen werden und den verbündeten

Regierungen nur die Verteilung der von Deutschland gezahlten Summe vorbehalten bleibt. Einige Mächte bestehen aber darauf, daß im Wiedergutmachungsausschuss die Verteilungsfrage auf Grund der Beschlüsse von Cannes geregelt wird. Es handelt sich dabei bekanntlich in erster Linie um die Ansprüche, die Belgien kraft seiner Prioritätsrechte erhebt.

„Dem Journal des Débats“ wird gemeldet, der Kolonialminister habe mitgeteilt, Belgien sei bereit, das Material für die im Kongogebiet geplanten öffentlichen Arbeiten als Wiedergutmachungslieferungen anzunehmen. Die belgische Regierung werde aber keinesfalls erlauben, daß deutsche Ingenieure oder Techniker das Kolonialgebiet begehren.

Aussprache über die Regierungserklärung.

Die Streitdebatte.

Eine zweite Reichskanzlerrede.

Der Redner der Unabhängigen hat gestern im Reichstag einen solchen Sturm entfacht, daß die Sitzung gegen 7 Uhr abgebrochen werden mußte. Der Abgeordnete Dittmann ist als Redner nicht gerade durch überschäumendes Temperament ausgezeichnet. Was er sagt, klingt immer kalt berechnet, auch wenn der stärkste Ausdruck und der stärkste Ton angewandt wird. Eine rhetorische Entgleisung wirkt doppelt verlegend, wenn sie einen ausgeklügelten Eindruck macht. Dittmann hat bei dem Streit der Munitionsarbeiter, den das alte Regime trotz seiner erdrückenden Machtmittel an Militär und Polizei nicht zu verhindern vermochte, das Recht gehabt, als Redner in einer Versammlung im Treptower Park verhaftet zu werden. Der Chef des Kriegsamts war damals General Groener, der jetzige Reichsverkehrsminister. Groener hat an sich auf dem Boden der Rechtsparteien steht, weil er als General durch seine süddeutsche Art und durch seine demokratische Grundrichtung unangenehm auffiel, ist neuerdings unvermerkt in den Ruf besonderer Schneidigkeit gekommen. Er liebt allerdings kräftige Worte, und so hat er bei dem Januarstreik 1918 in einem Erlaß den Satz geprägt: „Ein Hundstott, wer streikt, wenn Hindenburg zu arbeiten befiehlt.“ Der unabhängige Redner, dem jene Tage schon aus persönlichen Gründen in besonders lebhafter Erinnerung sein mögen, hat geglaubt, eine wirksame „Pointe“ gefunden zu haben, als er dieses Wort mit der Spitze gegen den Reichsverkehrsminister auf die sogenannten „Maßregelungen“ anwandte. Sicherlich war er selbst erstaunt über die explosive Wirkung, die er damit auslöste. Vielleicht wäre diese geringer gewesen, wenn der Redner mehr das Ohr des Hauses gehabt hätte. Man hat fast den Eindruck, daß die verhältnismäßig wenigen Zuhörer nur das Schimpfwort hörten, ohne sich den sozusagen historischen Zusammenhang zu vergegenwärtigen.

Bemerkenswerter als dieser Knalleffekt, den übrigens ein gewandterer und schlagfertigerer Vorkämpfer — auf dem Präsidentenstuhl saß der deutschnationale Vizepräsident Dietrich — herbei hätte abmildern können, daß der Abbruch der Sitzung nicht notwendig gewesen wäre, war die Behauptung Dittmanns, daß die Streikmehrheit der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten aus Anhängern der Deutschnationalen und der Volkspartei bestanden habe. Wenn diese Angabe nicht widerlegt werden kann, muß man die Frage aufwerfen, was denn eigentlich diese Parteien, die dem Reichskanzler zum schwersten Vorwurf machen, daß er sich zu guteliebt mit Vertretern der Reichsgewerkschaft an einen Tisch gesetzt habe, bisher getan haben oder zu tun gedenken, um diese Parteigenossen von sich abzusütteln. Sie begnügen sich mit nachträglicher Kritik, verfluchen aber, die Mittel anzugeben, die der Reichskanzler hätte anwenden können, um den raschen Abbruch des Streiks ohne Gegenkontrahenten herbeizuführen. Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei hat selbst erklärt, daß er als „kühler Beobachter“ dem schweren Ringen um die Rettung des Staates zusehe. In der Tat ist von dieser Seite nicht das mindeste geschehen, um die Beamtenkreise, die den Rechtsparteien nahestehen, auf den Weg der Pflicht zurückzuführen. Im Gegenteil: man hat das Feuer unter der Hand geschürt.

Der Reichskanzler hat es durch sein persönliches Eingreifen fertiggebracht, gerade noch zur rechten Zeit dieses Feuer zu löschen, und zwar ohne der Staatsautorität in Prinzip etwas zu vergeben. Der Redner der Deutschen Volkspartei hat den Einwand gemacht, der Reichskanzler habe dabei in ein „Resort eingegriffen“. Wenn man Dr. Wirth einen Vorwurf machen kann, so muß er gerade umgekehrt dahin gehen, daß er den Ressorts — dem Finanzministerium und der Eisenbahnbehörde — zu viel freien Spielraum bei den Vorverhandlungen ließ. Herr Dr. Scholz hat es weiterhin so dargestellt, als ob die Beamten ihrem ordentlichen Richter entzogen und dem Urteil des Kabinetts unterstellt werden sollten. Er hat offenbar eine Art von „Kabinettsjustiz“ konstruieren wollen. Der Reichskanzler hat darauf den wirklichen Sachverhalt dargelegt, der so klar ist, daß man an-

nehmen sollte, daß auch ein Verwaltungsjurist den Versuch aufgeben müßte, einen „Formfehler“ zu konstatieren. Das Kabinett hat selbstverständlich nicht daran gedacht, jeden einzelnen Disziplinarfall vor sein Forum zu ziehen, sondern es hat, wie es der großen Bedeutung der ganzen Angelegenheit entsprach, die allgemeinen Richtlinien festgelegt, die bei der Einleitung und Durchführung des behördlichen Einschreitens beachtet werden sollen. In diesem Zusammenhang gab Dr. Wirth zur Beruhigung der Linken auch die Erklärung ab, daß er über die Beachtung dieser grundsätzlichen Richtlinien wachen werde.

Die gestrige Rede des Reichskanzlers, die mit sehr viel Frische und Lebhaftigkeit vorgetragen wurde, hat bald auf der rechten, bald auf der linken Seite lärmende Kundgebungen ausgelöst. Insbesondere war man auf der rechten Seite bemüht, einen Widerspruch zu konstruieren zwischen der Feststellung, daß es sich bei dem Vorgehen der streikenden Beamten um eine „Revolution gegen den Staat“ gehandelt habe, und der schließlichen Beilegung des Streiks, bei der auch Vertreter der Reichsgewerkschaft mitwirken durften. Man kann sich in ruhigen Zeiten, und wenn man nichts Besseres zu tun hat, über Formalien wochen- und monatelang unterhalten. Aber es ist keine praktische Politik, das Unglück und die Schäden eines Streiks, die sich ins Ungemessene zu vergrößern drohen, lediglich deshalb fortbauern zu lassen, weil man eine Etikettenfrage als unübersteigliche Mauer ansieht.

J. E.

Reichskanzler Dr. Wirth.

Ich habe auf die Ausführungen des Abg. Dr. Scholz einige Worte zu erwidern. Er hat ja in sehr liebenswürdigen und feinen Formen einige spitze Pfeile abgeschossen. Wir waren Kollegen; wir wollen es auch bleiben. Ich freue mich außerordentlich, daß er insbesondere des Mathematikers gedacht hat. Es gibt Leute auf der Welt, die die Mathematik vergessen haben und die Mathematiker nicht vergessen können, bei denen sie meistens auf der Schulbank saßen. Ich glaube, es hat sich schon mancher in seinen politischen Erwägungen verrechnet. Aber in dem Sinne war unsere Arbeit nicht eine vergebliche, und es war kein Rechenfehler da. Daß wir heute diesen Streik, der in ein schiefes politisches Fahrwasser gekommen war, als beendet vor uns sehen, war das Ziel, dem wir entgegensehen mußten.

Nun ist es ganz falsch, zu sagen, die Worte könne man anerkennen, die Taten aber verdienen das stärkste Mißtrauen.

Welches sind denn die Taten, die dieses Mißtrauen verdienen sollen? Der Abg. Scholz hat interessante Ausführungen über das Beamtenrecht gemacht. Ich will ihm in diesen theoretischen Erwägungen nicht folgen. Aber dieser Streik in seiner Ausdehnung und in seiner Gefahr, sich zu einem allgemeinen Streik der Beamten auszudehnen, ist in keinem Beamtenrecht und in keinem Recht der Länder bisher überhaupt vorgeesehen gewesen. Ich glaube, Sie können kein Rezept finden, nach dem Sie Dinge, die es früher nicht gegeben hat, schematisch beurteilen können. (Zuruf rechts: Gesetze gibt es!) Zeigen Sie mir an irgendeinem Beispiel, wo die Regierung ein solches Gesetz verlegt hat. Es kann keine Rede davon sein, daß das Kabinett sich mit Einzelfällen befassen wird. Ich will zunächst darauf eingehen, inwieweit ich besonders mit den Beamten mich zum Verhandeln zusammengesetzt habe. Ich unterscheide zwei und, wenn Sie wollen, drei Phasen: die Führung der Verhandlungen bis zum Streik, und einige Tage nach dem Streik in den Ressorts im Finanzministerium und im Reichsverkehrsministerium.

Der Streik nahm an Ausdehnung zu, er kam in ein politisches Fahrwasser. Da habe ich im Auftrag des Kabinetts, genau mich richtend nach dem, was das Kabinett einstimmig beschlossen hatte, die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen geführt, und nun ist es richtig, daß bei den Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen am Montag ein Vertreter der Reichspostgewerkschaft anwesend war, der sich im Laufe der Verhandlungen als mit dem besonderen Mandat der Reichsgewerkschaft ausgestattet